Fraktion in der
Marburger Stadtver-
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 31.1.2025

Konservative verlassen Parlament wegen Antrag der Linken gegen Zusammenarbeit mit AfD – Die Linke verlangt Auskunft über Wohnungsankäufe an S+S – Maßnahmen zur Innenstadtentwicklung – Solidarität mit Beschäftigten bei Kommune und Bund – Die Linke fordert Plan für sozialen Wohnungsbau

Noch bevor die Sitzung der Stadtverordneten überhaupt begonnen hatte, erreichten politische Gewitterwolken auch Marburg. Erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik hatten CDU/CSU für einen Antrag zur Verschärfung der Migrationspolitik die Mehrheit mit der rechtsextremen AfD im Bundestag gesucht – unter Assistenz von FDP und BSW. Für Die Linke im Stadtparlament war dies Anlass für einen Dringlichkeitsantrag

Die Linke fordert Verurteilung der Zusammenarbeit mit AfD im Bundestag

Die Kernforderung lautet: „In der Universitätsstadt Marburg sind Menschen auf der Flucht und in großer Not willkommen… Marburg versteht sich als Stadt der Zuflucht und als sicherer Hafen. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt das sogenannte „Zustrombegrenzungsgesetz“ entschieden ab und verurteilt das Zustandekommen einer parlamentarischen Mehrheit im Deutschen Bundestag mit den Stimmen der in weiten Teilen extrem rechten AfD scharf.“

Zu diesem Antrag mochten sich in Marburg CDU/FDP/BfM in keiner Weise äußern und verließen nach einer langen Sitzung des Ältestenrats, der über Abstimmungsverfahren im Parlament entscheidet, den Saal für den ganzen Abend. Jan Schalauske begründete den Antrag für Die Linke: „Das Herstellen der parlamentarischen Mehrheit mit einer in weiten Teilen gesichert extrem rechten Partei ist ein schwarzer Tag für die Demokratie und einer der dunkelsten Tage in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bei allen politischen Differenzen und gerade mit dem Wissen um den Aufstieg des Faschismus in den 1930er Jahren hätte ich nicht geglaubt, dass eine christlich-konservative Partei im 21. Jahrhundert in Deutschland extrem Rechte an der politischen Macht beteiligt. Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang, ein Dammbruch, nach dem wir nirgendwo, auch nicht in Marburg, einfach zur Tagesordnung übergehen können, ja übergehen dürfen.“

Da die notwendige Zweidrittelmehrheit der gewählten Stadtverordneten nicht erreicht wurde, um den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, wird der Antrag Thema in der kommenden Sitzung der StVV sein.

Die Linke beantragt Auskunft über Verkauf von Wohnungen an S+S

In ungewohnt kleiner Zahl, aber beschlussfähig, traten die Stadtverordneten in die Tagesordnung mit der Debatte von Anträgen ein. Ein zweiter dringlicher Berichtsantrag der Fraktion Die Linke befasste sich mit dem aktuellen Verkauf von Wohnungen des Konzerns Vonovia am Ortenberg an den Marburger Immobilieninvestor S+S und war vom Ältestenrat auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Antwort des Magistrats: Auf den Fragenkatalog antwortete der Magistrat noch in der Sitzung: Die Stadt war im Vorfeld nicht über den Verkauf informiert und war auch nicht in Gespräche oder Verhandlungen involviert. Der neue Besitzer habe keine Absichten erkennen lassen, dass eine Umwandlung der Miet- in Eigentumswohnungen geplant sei. Unter Bedingungen § 250 BauGB könne die Stadt gewissen Einfluss nehmen. Renovierungen/Sanierungen könnten „wenn nötig" erfolgen. Im Übrigen verwies der Oberbürgermeister auf bestehende Möglichkeiten der Mieterunterstützung und des Mieterschutzes.

Antrag Dietmar Göttlings zur Verkehrsberuhigung in der Oberstadt

Zu diesem Thema lag seit geraumer Zeit ein Ursprungsantrag vor, der u.a. auch den Einsatz von Kameras bei der Ahndung von Verkehrssünden vorsah. Dieser fand im Fachausschuss keine Mehrheit. Nun lag ein 2. Antrag vor, der lediglich von „geeigneten technischen Möglichkeiten" sprach. Miguel Sanchez verwies in einer Stellungnahme für Die Linke darauf hin, dass die Bedenken in Bezug auf Kameraüberwachung durch die neue Formulierung nicht ausgeräumt seien, betonte die Gefahren einer Überwachung. Schließlich wurde ein weiterer Änderungsantrag aus den Reihen der Koalition angenommen.

Koalition zu Möglichkeiten der Innenverdichtung bei der Bebauung

Dieser Antrag stellte oft diskutierte Grundsätze der städtebaulichen Entwicklung zusammen - innen vor außen: Wo gibt es noch unbebaute Flächen, wo können vorhandene Bauten aufgestockt werden, wie umgehen mit dem Leerstand? Renate Bastian wies darauf hin, dass die Koalition mit diesem Antrag deutliche Wissenslücken offenbare, wo sie bisher Allwissenheit vorgegeben habe. Frühere linke Anträge wie z.B. nach einem Leerstandskataster seien abgelehnt worden. Zudem bringe die Landesregierung aktuell ein Gesetz auf den Weg, das den Kommunen einen Handlungsspielraum in Bezug auf leerstehende Wohnungen eröffne. Insofern lahme der Antrag. Trotz dieser Kritik stimmte Die Linke dem Antrag zu, weil er richtige Bausteine der Wohnungspolitik - bezahlbarer Wohnraum, soziale Integration und Umweltschutz -zusammenfasse. Leider weigere sich die Koalition immer noch, ein umfassendes städtebauliches Konzept zu erstellen.

Solidarität mit dem Tarifkampf den Beschäftigten bei Bund und Kommunen

Solidarität mit den Beschäftigten bei Bund und Kommunen in der angelaufenen Tarifrunde forderte ein Antrag der Linken. Miguel Sanchez verwies auf den Personalmangel in den öffentlichen Verwaltungen, immer wieder auch in Marburg. Ziel sei es, „die Belastung im öffentlichen Dienst zu beseitigen und die Stellen attraktiver zu machen, sodass die Situation des Fachkräftemangels auch im Interesse der Bürger*innen bewältigt" werde. Dennoch lehnte die Mehrheit der Stadtverordneten die Solidarität mit den Beschäftigten ab.

Ohne Aussprache wurden folgende Anträge behandelt:

- Bebauungsplan „Fuß- und Radweg Blaue Straße" in Cappel, einstimmig beschlossen;
- Zusatzname Bushaltestelle „Friedrichstrasse" -„Haus der Jugend", Antrag KiJuPa: einstimmig angenommen;
- Maßnahmen zur Personalbindung und Gewinnung von Betreuungspersonal, CDU/FDP/BfM abgelehnt mit den Stimmen der Koalition;
- Konzept zur Maximierung der Photovoltaikflächennutzung in der privaten Bestandsbebauung, MLP, abgelehnt.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

Renate Bastian, Miguel Angel Sanchez Arvelo, Jan Schalauske